

Auszug aus dem Protokoll des Stadtrates von Zürich

vom 11. Juli 2001

1174. Interpellation von Balthasar Glättli betreffend Poststellennetz, Verhinderung des Abbaus. Am 9. Mai 2001 reichte Gemeinderat Balthasar Glättli (Grüne) folgende Interpellation GR Nr. 2001/244 ein:

Die Studie der Post zum Um- und Abbau des Poststellennetzes in der Stadt Zürich hat an verschiedenen Orten zu Unruhe und Besorgnis geführt. Die Pläne lassen einen deutlich spürbaren Abbau der postalischen Grundversorgung vor allem in den Zürcher Aussenquartieren befürchten.

Ausserdem ist fraglich, ob mit der vorgestellten Studie die zu erwartenden Bedürfnisse im Entwicklungsgebiet Zürich West hinreichend abgedeckt werden können.

Hohe Ansprüche sind an die vorgelegten Konzepte insbesondere auch deshalb zu stellen, weil hier Zürich als «Pilot» für eine Reform dient, welche auch in anderen Städten durchgeführt werden soll.

Hier trägt die Stadt eine besondere Verantwortung, weil sie mit ihrer Mitwirkung auch Signale für die Entwicklung des Poststellennetzes in anderen Städten und Regionen setzen kann. Die Post hat nämlich in Aussicht gestellt, dass die Stadt Zürich bei der definitiven Ausarbeitung des Poststellenum- bzw. -abbaus in die Entscheidung einbezogen wird.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass sich eine Modernisierungsstrategie der Post gerade als Teil des Service Public primär am Interesse von Bevölkerung und Wirtschaft als Dienstleistungsbezüglerinnen und nicht an blindem Spardruck zu orientieren hat?
2. Wie will sich der Stadtrat selbst bei der Post gegen die drohende postalische Diskriminierung der Zürcher Aussenquartiere und für die Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung einsetzen?
3. Wie gedenkt der Stadtrat insbesondere die Mitsprache der Quartiere sicherzustellen – wenn möglich über die etablierten Quartiervereins-Strukturen hinaus?
4. Wie beurteilt der Stadtrat die «postalische Ausgangslage» aufgrund der vorgestellten Studie im Entwicklungsgebiet Zürich West? Ist er der Ansicht, die vorgesehene postalische Infrastruktur genüge der zu erwartenden Entwicklung in diesem aufstrebenden Teil der Stadt? Wenn nein: Wie wird sich der Stadtrat für die Sicherstellung eines ausreichenden postalischen Angebots einsetzen?

Auf den Antrag des Stadtpräsidenten beantwortet der Stadtrat die Interpellation wie folgt:

Das eidgenössische Postgesetz vom 30. April 1997 verpflichtet die Post auf die Eigenwirtschaftlichkeit ihrer Dienstleistungen. Deshalb soll das Poststellennetz neu ausgerichtet und gestrafft werden. Gemäss einer Mitteilung vom Januar 2001 will die Post in den nächsten fünf Jahren ihr Netz in der Schweiz von 3375 Poststellen auf 2700 bis 2500 Poststellen reduzieren. Im Unterschied zum ländlichen Raum gibt es für die Städte noch keine Strategien im Hinblick auf diesen Schritt. Im Sinne einer Vorstudie hat ein privates Institut die bestehende Situation in Zürich untersucht und Vorschläge für ein optimiertes Poststellennetz formuliert. Vorgeschlagen wird, von den 46 bestehenden Poststellen in der Stadt Zürich 13 zu schliessen und 9 Poststellen räumlich zu verlagern. Hierzu ist deutlich festzuhalten, dass diese Studie sowohl aus Sicht der Stadt als auch nach Aussagen

der Post lediglich eine Diskussionsgrundlage darstellt – weist sie doch klare Lücken auf: Die künftigen Bedürfnisse z.B. in den Entwicklungsgebieten der Stadt sind ebenso wenig berücksichtigt wie die betriebswirtschaftlichen Überlegungen der Post im Hinblick auf getätigte Investitionen in einzelnen Poststellen.

Die Post hat von Beginn an signalisiert, dass sie die Stadt in die weiteren Abklärungen einbeziehen will. Selbstverständlich erachtet es der Stadtrat dabei als seine Pflicht, wichtige Aspekte der Stadtentwicklung (z.B. Entwicklungs- und Aufwertungsgebiete und ihre Infrastruktur, Erhaltung von Quartierstrukturen) einzubringen und sich für die Bedürfnisse der einzelnen Quartiere einzusetzen. Das ändert aber nichts daran, dass es letztlich die Post ist, die mit Blick auf das bereits erwähnte, gesetzlich verankerte Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit entscheidet, welche und wie viele Poststellen ab- bzw. umgebaut werden. Wo dies nicht zu vermeiden ist, gilt es, akzeptable Lösungen für die betroffene Bevölkerung zu finden.

Die Quartiervereine wurden am 2. Juli 2001 im Beisein des Stadtpräsidenten von der Post direkt über das weitere Vorgehen orientiert, und sie konnten ihre Begehren formulieren. Die Post erklärte sich auch bereit, mit der von den Quartiervertretern gebildeten Task-Force zusammenzuarbeiten. Die Fachstelle für Stadtentwicklung erhielt das Mandat, die Interessen der Stadt in diesem Prozess zur Optimierung des Poststellennetzes zu wahren und für Offenheit gegenüber innovativen Lösungen einzustehen. Sie wird dabei von einer interdepartementalen Begleitgruppe unterstützt.

Zu Frage 1: Diese Frage zielt darauf ab, den gesetzlichen und deshalb von der Generaldirektion der Post in Bern umzusetzenden, an die Eigenwirtschaftlichkeit gekoppelten Leistungsauftrag zu hinterfragen. Für Interventionen in diesem Bereich ist jedoch der Stadtrat nicht die richtige Adresse; er hat auf die entsprechenden Entscheide auch keinen Einfluss.

Der Stadtrat hat durchaus Verständnis dafür, dass die Post im Hinblick auf die Marktöffnung ihre Kostenstrukturen und damit ihr Poststellennetz überprüfen muss. Gleichzeitig sollte sich die Post aber auch der Behebung bisheriger Schwachpunkte (z.B. lange Wartezeiten, beschränkte Öffnungszeiten für Berufstätige) annehmen. In diesem Sinne erwartet der Stadtrat nicht einfach einen Abbau von Poststellen, sondern gleichzeitig verbesserte Dienstleistungen in den bestehenden oder neu zu schaffenden Poststellen.

Zu Frage 2: Der Einbezug der Stadt in die weiteren Abklärungen der Post gibt dem Stadtrat die Gelegenheit, sich dafür einzusetzen, dass es gerade nicht zu einer postalischen Diskriminierung von Aussenquartieren kommt, dass vielmehr der Ausgleich gelingt zwischen Optimierungsdruck einerseits und einer weiterhin bestmöglichen postalischen Versorgung andererseits. Diese Gelegenheit will er nutzen.

Zu Frage 3: Die Post selbst hat sich zur Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen bereit erklärt. Diese sind die direkten Vertretungen der Quartiere und auch die anerkannten Ansprechpartner der Post. Bei dieser Sachlage sieht der Stadtrat keinen weiteren Handlungsbedarf.

Zu Frage 4: Die veröffentlichte Studie der Post ging von den Bevölkerungs- und Beschäftigtenzahlen des Jahres 1998 aus. Sie werden bereits der heutigen Situation nicht mehr gerecht, was auch der Post klar ist. Der Einbezug der Stadt in die weiteren Abklärungen bietet Gewähr für eine realistische Berücksichtigung der künftigen Entwicklung in Zürich West und anderen Entwicklungsgebieten.

Mitteilung an den Stadtpräsidenten, die übrigen Mitglieder des Stadtrates, den Stadtschreiber, den Rechtskonsulenten, die Fachstelle für Stadtentwicklung und den Gemeinderat.

Für getreuen Auszug
der Stadtschreiber